

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Reform unserer Lebensmittelversorgung

III.

Die Mängel und Fehler unserer bisherigen Lebensmittelversorgung heischen dringend ihre Abstellung. Die Behauptung war lange genug, sie war auch sehr hart — für die Verbraucher. Zwei Jahre werden es im nächsten Monat, daß wir Krieg führen, wie lange er noch dauert, wissen wir nicht. Der kluge Mann baut vor. Wir können und dürfen uns nicht auf umgehende Friedensgerichte, die einen äußerst unsicheren Untergrund haben, einlassen, die uns veranlassen könnten, etwa im Hinblick auf einen baldigen Frieden, von einer gründlichen Reform abzusehen. Das läge wiederum nur im Interesse bestimmter Kreise, die aus der Beibehaltung der bisherigen Unzulänglichkeiten den größten Vorteil weiter ziehen würden. Wir müssen uns auf eine möglichst lange Zeit vorbereiten, zumal ja auch mit Beendigung des Krieges keine normalen Verhältnisse wie vor dem Kriege sofort eintreten. Es bedarf vieler Monate nach dem Kriege, bis wieder ein normaler Stand unserer Lebensmittelversorgung erreicht ist.

Die christlich-nationale Arbeiter-Schaft hat an die Reichs- und Staatsbehörden eine Denkschrift gerichtet, worin Vorschläge für eine gründliche Reform unserer Lebensmittelversorgung unterbreitet werden. Diese Vorschläge dürften geeignet sein, bei allseitiger Durchführung dieses Ziel zu verwirklichen.

Als Leitfaden stellt die Denkschrift auf, daß die neue Ernte wiederum als Kriegsernte zu betrachten ist, und daher für ihre Verwendung und Verteilung ein umfassender, alle Ernährungsfragen regelnder Plan eine zwingende Notwendigkeit ist. Bisher hat es an einem solchen gefehlt, es ist nur Stückarbeit geleistet worden, soweit man durch die Umstände dazu gezwungen war.

Es ist ganz selbstverständlich, daß im Vordergrund die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu stehen hat. Es darf kein Stück deutschen Bodens unbenuzt bleiben, insbesondere ist die Wiederverwendung früh abgeernteter Flächen zu fördern. Gewiß hat man bisher auch in diesem Sinne bereits gearbeitet, als Mittel dazu aber fast nur die Preishöhe im Auge gehabt. Gewiß trägt ein hoher Preis zur Steigerung der Produktion bei, als alleiniges Mittel, insbesondere in Notzeiten wie augenblicklich, ist es aber sehr bedenklich. Die Machtverhältnisse sind da viel zu ungleich verteilt. Es ist daher erforderlich, daß man dem zu erstrebenden Ziel neben auskömmlichen Preisen einen öffentlichen Charakter verleiht. Dazu ist die Errichtung von Wirtschaftskämtern in den einzelnen Kreisen notwendig, denen in erster Linie die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes obliegt. Dieselben müssen eine eingehende Wirtschaftsberatung, insbesondere der kleineren Betriebe, pflegen und für Herbeischaffung und zweckmäßige Verteilung der nötigen Arbeitskräfte Sorge tragen. Die notwendigen Wirtschaftsmittel, wie Saatgut, künstlicher Dünger, Maschinen, müssen beschafft werden, bei besonders schwierigen Verhältnissen sind öffentliche Mittel dafür in Anspruch zu nehmen.

Als nächstwichtiger Faktor ist die Verteilungsregelung ins Auge zu fassen. Hier muß Durchgreifendes geschehen, in die aufzustellende Verteilungsordnung des Vorhandenen ist Stadt und Land einzubeziehen. Bekanntlich ist heute nur die Brotversorgung einheitlich für das Reich geregelt. Im übrigen hat jeder Bundesstaat, jede Kommune, jeder Kreis so gewirtschaftet, wie es ihm seine besonderen Verhältnisse aufnötigten. Dadurch, daß jeder seine eigenen Interessen zu schützen bemüht war, ist ein erträglicher und im Hinblick auf das allgemeine Ziel dieses Krieges gerechter Ausgleich verhindert worden. Zu einer anderweitigen Regelung macht die Denkschrift folgende Vorschläge:

Zu erster Linie ist der Grundbedarf der zur Erhaltung der großen Verbrauchermassen notwendigen Lebensmittel unbedingt sicherzustellen. Er

zu gehören vor allem Getreide (Brot), Kartoffel und Fette. Ebenso die Milch. Die im Laufe der einzelnen Verbrauchsperioden hinzutretenden Ergänzungsmittel (Hülsenfrüchte, Gemüse, Suppenartikel, ferner Kaffee, Zucker und ähnl.) sind gleichfalls in einer dem Bedarf und den jeweils festzustellenden Vorräten entsprechenden Menge dem allgemeinen Konsum bereit zu halten. Auch die Fleischversorgung ist in Stadt und Land nach dem Vorgang mehrerer Bundesstaaten durch Einführung des Kartensystems zu regeln. Dabei wird besonders Sorge getragen werden müssen, daß das nach den Weidemotaten in verstärkter Zahl zum Schlachten kommende Vieh zur rechten Verteilung und Konservierung gebracht wird und nicht in den Händen weniger bleibt.

Bei der Brotversorgung muß wieder zur strengerer Regelung des ersten Kriegsjahres zurückgekehrt werden. Die notwendige Verbrauchsmenge an Kartoffeln ist sofort bei der Ernte sicherzustellen und entweder der Einfuhr oder der Aufbewahrung in städtischen Mieten zuzuführen. Die regelmäßige Zufuhr zu den Märkten ist genau zu ordnen. Die Milchversorgung ist durch Erhaltung und Hebung des Viehstandes in den Milchlieferungsgebieten, durch gesicherte Futtermittel- und kommunale Lieferungsverträge mit den Milchproduzenten auch für den Winter in notwendigem Maße sicherzustellen. Die Abschachtung der Milchkuhe ist mit allen Mitteln zu verhindern.

Die größeren Konsumbezirke sind zur Ausschaltung der die Versorgungsordnung immer wieder durchbrechenden Konkurrenz zu Verbrauchervereinigungen (Zweckverbänden) zusammenzufassen. Diesen sind alle innerhalb der im allgemeinen gleichartigen Verbrauchsbezirke (z. B. rheinisch-westfälischer oder rhein-mainischer Industriebezirk) gelegenen Städte und Landgemeinden einzuordnen. Innerhalb solcher Bezirke ist Zufuhr- und Verbrauchsregelung nach einheitlichen Grundsätzen durchzuführen.

Den Konsumbezirken sind bestimmte Ueberschußbezirke zu gemeinsamer Versorgung zuzuteilen. Hierbei sind die verkehrspolitisch zunächst gelegenen und möglichst die schon im Frieden in engerem Verkehr stehenden zunächst zu berücksichtigen. Die Selbstverwaltungsbefugnis ist auf solche größeren Bezirke zu beschränken.

Die Versorgungs-, Zuführungs- und Verteilungsordnung muß unter die zentrale Leitung eines Reichsamts (Reichslebensmittelamt) gestellt werden. Besondere bundesstaatliche oder provinzielle Ausführungsverbote oder sonstige Maßnahmen dürfen dessen Anordnungen nicht durchkreuzen. Die bundesstaatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden müssen jederzeit sich bewußt sein, daß von der strikten Durchführung der getroffenen Maßnahmen das Wohl der ganzen Bevölkerung des Reichs abhängt und eine Art passiven Widerstandes, auch nur an einzelnen Stellen geübt, die ganze Kriegsversorgung gefährden kann.

Dem Reichslebensmittelamt und den ihm angehörigen zentralen Versorgungsstellen (Reichsgetreidestelle, Kartoffel-, Zucker-, Fleischstellen usw.) sind neben den ausgleichenden auch direkte Befugnisse zu verleihen. Ihnen ist auch die Leitung und Kontrolle der einzelnen Selbstverwaltungsbezirke zu unterstellen. Die Heeresversorgung wird mit der Versorgung der Zivilbevölkerung zu einem gemeinsamen Plane verbunden werden müssen.

Die bisherige Preisentwicklung hat eine berechtigte Grundlage nicht mehr im entferntesten. Sie ist weit über die Produktionskosten hinausgegangen. Unter dieser unberechtigten Preissteigerung leiden die weitesten Verbraucherschichten furchtbar, was auf unsere innerpolitischen Verhältnisse von großem Einfluß ist. Eine anderweitige Preisgestaltung ist daher erforderlich, und zwar auf einer mittleren Linie, die dem Produzenten wie auch dem Verbraucher gerecht wird. Die Möglichkeit dafür bietet die neue Ernte, an den Produzenten aus der alten ist leider nichts mehr zu haben. So insbesondere einzugreifen werden muß, ist bei den fabelhaft hohen Futtermittelpreisen

notwendig. Sie höher als unsere Roggenpreise zu belassen, kann unter keinen Umständen gebilligt werden. Dem Brotgetreide entsteht sonst ein ganz gefährlicher Feind, sowohl im Anbau wie im Verfüttern mit dem Vieh. Das haben wir bisher schon erfahren müssen. Die hohen Futtermittelpreise aber wirken unmittelbar auf fast alle übrigen Lebensmittelpreise und ziehen diese unerbittlich nach sich. Mit den Produktionskosten stehen sie in denkbar schroffstem Mißverhältnis.

Es ist eine feste und umfassende Preisordnung ein- und durchzuführen. Sie muß alle Phasen vom Produzenten bis zum Verbraucher erfassen, alle Möglichkeiten ihrer Durchbrechung sind zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für Auslandsware, die bisher entweder außerhalb oder in einer besonderen Preisordnung behandelt wurde. Mangel an genügender oder geeigneter Kontrolle ist damit der Durchstecherei Tür und Tor geöffnet worden. Ueber Nacht wurden aus inländischen Produkten ausländische, um betrügerische Gewinne damit einzubringen. Ausländische Lebensmittel sollen daher nach den Vorschlägen der Denkschrift in Zukunft nur noch den zentralen Versorgungsstellen des Reichs zugeführt werden und besondere Preise im Inlandsverkehr nicht mehr zugelassen werden. Wo sich dieses nicht umgehen läßt, sollen sie mit amtlicher Herkunftsbezeichnung versehen und gesondert zum Verkauf gebracht werden.

Hinsichtlich der Neuregelung der Preise für die Produzenten und Händler muß man der Regierung zurufen: Landgraf, werde hart! Mit der Anlockungs- und Herauslockungspolitik muß ein Ende gemacht werden, diese Schraube darf nicht mehr bei der neuen Ernte wirksam werden, indem durch Zurückhaltung der Produkte höhere Preise erreicht werden.

Die übrigen Vorschläge der Denkschrift betreffen Kontrollmaßnahmen zur allseitigen Durchführung der Versorgungs- und Preisregelung, sowie die Aufklärungstätigkeit in Stadt und Land für ein gemeinsames Zusammenarbeiten in der Ernährungsfrage und der Durchführung der Versorgungsregelung. Dieses einträchtige Zusammenarbeiten ist zum Durchhalten bitter notwendig.

Besser soll es werden mit unserer Volksernährung, das ist unser Verlangen. Das Kriegsernährungsamt ist jetzt eingerichtet worden, und auch der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollege Stegerwald, ist in dasselbe berufen worden, worüber wir uns gewiß freuen. Wird dem neuen Kriegsernährungsamt gelingen, was den anderen bisher verjagt war? Das kommt auf die Entscheidungheit und den Mut des Durchgreifens an. Daß mit einem Schlag eine Veränderung jetzt herbeigeführt werden könnte, das ist völlig ausgeschlossen. Das ist nur mit Hilfe der neuen Ernte möglich, gegenwärtig sind nur hier und da kleine Erleichterungen durchführbar. Ein in Dreck gefahrener Karren läßt sich nicht auf einmal flottmachen. Laßt das neue Kriegsernährungsamt sich nur vom Allgemeininteresse leiten, und das hoffen wir, und schüttelt rücksichtslos alle einseitigen Interessenbestrebungen ab, dann kann das jetzt Schlimme noch zum Guten gewandt werden. Das Volk wartet darauf, dafür zu danken, ist es bereit.

### Die Arbeiten des Reichstags (Schluß)

Zum Ratgeich wurde eine Novelle beschlossen, die eine Erhöhung der Kaltpresse und Steuerzuschläge für die Arbeiter bringt. Infolge der Ausfuhrverbote und anderer Umstände ist die Kaltindustrie in eine schlimme Lage gekommen. Da ihre Aufrechterhaltung, insbesondere die Zeit nach dem Kriege, von großer volkswirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung ist, mußte hier eingegriffen werden. Im Interesse der Arbeiter wurde eine Erhöhung der Löhne beschlossen im Wechsbetrag von etwa drei Millionen Mark. Für Familienunterstützung

an die zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter haben die Werke seit Ausbruch des Krieges rund acht Millionen Mark bezahlt. Das Gesetz harret noch der endgültigen Erledigung.

Bur Feststellung der Kriegsschäden ist eine besondere Vorlage eingebracht worden. Es soll durch sie ausgesprochen werden, was als Kriegsschaden anzusehen ist und in welcher Art und Weise dieser einheitlich im ganzen Reich festgesetzt werden soll. Das eigentliche Entschädigungsgesetz ist von der Finanzlage des Reiches abhängig und soll daher erst nach dem Friedensschluss erlassen werden. In welcher Weise allein Ostpreußen durch die Russeneinfälle gelitten hat, geht aus der Begründung zum Feststellungsgesetz hervor. Es wurden zerstört 24 Städte, 600 Dörfer, 300 Güter und 34 000 Gebäude. 100 000 Wohnungen wurden gänzlich und ebenso viele teilweise ausgeplündert. 22 Kirchen und 133 Schulgebäude wurden ebenfalls zerstört.

Auf 635 677 gestellte Entschädigungsanträge wurden bisher vom preussischen Staate 428 Millionen Mark ausbezahlt. Der gesamte Schaden wird aber auf 1 1/2 Milliarden Mark, der in Elbaf-Lothringen entstandene auf 1/2 Milliarde geschätzt. In dem zur Beratung des Gesetzes bestimmten Ausschusse wurde verlangt, daß das Reich die volle Entschädigungspflicht übernehme. Regierungseitig wurde zwar grundsätzlich die Entschädigungspflicht des Reiches anerkannt, es müßten aber auch die Bundesstaaten zur Schadenbedeckung beitragen. Die Auseinandersetzung darüber endete mit einem Beschluß, der ausspricht, daß dem Reiche die volle Entschädigungspflicht obliege, die Bundesstaaten aber zunächst die Schäden festzustellen und zu bezahlen haben. Wie ein Vertreter des Reichsamts des Innern feststellte, ist durch diesen, den Entwurf bedeutend erweiternden Beschluß das Zustandekommen des Gesetzes in Frage gestellt.

Das Kriegssteuergesetz bringt, nach den Vereinbarungen der Parteien und der Regierungen gegenüber der Vorlage, eine Änderung in der Weise, daß der Zuwachs bei kleinen Vermögen steuerlich weniger erfaßt wird, die Steuer auf große Vermögen aber über den alten doppelten Satz hinausgeht. Bei 20 000 M. Vermögenszuwachs ist 1500 M. Steuer zu zahlen, bei 50 000 M. 7000 M., bei 500 000 M. 159 500 M. gegen 61 800 M. bzw. 123 600 M. des Regierungsentwurfs. Die Abgabe vom Zuwachs wird nur erhoben, wenn der Vermögenszuwachs den Betrag von 3000 M. und das Vermögen selbst den Gesamtwert von 10 000 M. übersteigt.

Au Stelle des vorgeschlagenen Quittungstempels soll ein Stempel auf den Warenumsatz gelegt werden in Höhe von einem Mark pro tausend Mark Umsatz. Zahlungen, die den Gesamtbetrag von 3000 M. nicht übersteigen, sollen nicht abgabepflichtig sein. Weiter kommt in Betracht eine Besteuerung der Eisenbahnfrachten, Frachttüdgut 10 Pf., Gültüdgut 20 Pf., Frachttüdgut in Wagenladungen bei einem Frachtbetrag von nicht mehr als 25 M. soll 1,50 M., höhere Beträge sollen 3 M. Abgabe tragen.

Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr sowie Postkarten werden mit einem Porto von 7,5 Pf., Briefe im sonstigen Verkehr mit 15 Pf. belegt. Pakete bis zu einem Gewicht von 5 Kilogramm werden in der ersten Zone (75 Kilometer) mit einem Mehrporto von 5 Pf., auf weitere Entfernungen mit einem gegen bisher 10 Pf. höheren Porto belegt.

Eröffnung

So manches Knopsloch ist geschmückt, Weil einem dies und das gegliückt, Mit Klängen und mit Kielen; Jedweder Arbeit Ehr und Preis; Der beste Orden, den ich weiß, Ist eine Hand voll Schwielen.

H. S. Weber.

Holland

„Holland in Not“, so hieß es damals (1672), als die Franzosen in Verbindung mit den Engländern das wehrlose Holland mit einer großen Truppenmacht überfielen. Heute wiederholt sich jenes Wort, und zwar besonders in letzter Zeit, wo wiederum von englisch-französischer Seite eine Bedrohung der Selbständigkeit Hollands stattfindet. Ungeahndet ist Holland wieder einmal zu einem Faktor in der Weltgeschichte geworden, nachdem es früher im Rate der Völker oft die erste Rolle gespielt hat. Besonders im 17. Jahrhundert war Holland die erste See-, Geld- und Kolonialmacht der ganzen Welt. Ueberhaupt ist die Geschichte der Niederlande, unter welchen Namen man bis zum 19. Jahrhundert auch Belgien miteinband, eine sehr merkwürdige gewesen. Alle möglichen Staatsformen und Herrschaftsarten hat Holland bereits erlebt, die Republik mochte mit der Monarchie, es gehörte einmal zum heiligen Römischen Reich, dann zum spanischen und schließlich zum französischen Reich.

Die im folgenden Jahre in den Niederlanden unter dem Namen der „Generalstaaten“ zusammengekommenen Provinzen waren im 14. Jahrhundert unter der Bezeichnung „Generalstaaten“ zusammen, bis sie 1512 alle dem burgundischen Kreise des Deutschen Reiches einverleibt wurden. Karl V. vollstänbte das Werk der burgundischen Herzöge durch die Erwerbung der Herrschaften Friesland, Utrecht, Overijssel, Groningen, Drenthe und des Herzogtums Geldern. Im Jahre 1555 gingen die Niederlande auf Karls V. Sohn, Philipp II., und damit auf die spanische Linie der Habsburger über. Der allmählich erwachende Selbstständigkeitsdrang der Niederländer ließ indes immer mehr das Verlangen nach Unabhängigkeit aufkommen. Es kam infolgedessen zu zahlreichen Erhebungen und blutigen Aufständen gegen die spanische Herrschaft, welche besonders die Zeit von 1572—1609 anfüllten. Nach dem Dreißigjährigen Kriege (1648) wurden die Niederlande von Spanien und auch von Deutschland als selbständiger Staat anerkannt. Als Wilhelm III. aus dem Hause Oranien, dem holländischen Herrscherhause, von der englischen Volkvertretung zum König von England gewählt wurde, entstand vorübergehend eine Personalunion (gemeinames Königtum) zwischen England und Holland, was eine Zeitlang ein gemeinsames Handeln beider Länder zur Folge hatte.

Von besonderem Interesse ist die Erhöhung der Tabaksteuer. Auf Tabakblätter kommt eine Steuer von 70 M. per Doppelzentner. Die Zigaretten werden besonders besteuert, und der Wertzoll auf ausländische Tabake erhöht. Die vielfach gewünschte Einführung eines Tabakmonopols ist damit zurückgestellt. Es wurde dagegen eingewendet, daß dessen Einführung jetzt nicht möglich sei. 25 470 Fabrikations- und 22 612 Handelsbetriebe auf das Reich zu übernehmen, würde große, jetzt nicht zur Verfügung stehende Geldbeträge erfordern. Auch der infolge des Kriegsdienstes herrschende Mangel an Beamten wurde als Hinderungsgrund für Einführung des Tabakmonopols angegeben. In der Sorge, daß durch die höhere Belastung des Tabaks die Tabakarbeiter in ihrer Arbeitsmöglichkeit beschränkt werden könnten, beschloß der Reichstag, in diesem Falle Unterstützungen zu geben. Arbeiter und Hausgewerbetreibende, die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe tätig sind und die vorübergehend oder längere Zeit arbeitslos werden, ohne eine andere Beschäftigung zu finden, sollen drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes ersetzt erhalten. Die Ausführungsbestimmungen dazu wird der Bundesrat erlassen.

Die Steuergesetze werden in der Volksversammlung des Reichstags zweifellos eine große Mehrheit finden. Nach ihrer endgültigen Verabschiedung wird darauf und auf die darüber stattgehabten Verhandlungen zurückzukommen sein.

In Schwere befindet sich auch noch ein gemeinsamer Antrag aller Parteien auf Bewilligung höherer Teuerungszulagen für die Reichsbeamten, Unterbeamten und Arbeiter. Der Reichsjustizsekretär stellte sich dem Antrag freundlich gegenüber und will auch noch in der gegenwärtigen Tagung die früher gescheiterte Novelle zur Befolgungsordnung einbringen.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier Fritz Henrich, Bezirksleiter für Baden und Elbaf; Lorenz Heune, Mitglied der Zohlselle Dortmund (Hollerer).

Abam Stegerwald, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, ist vom Reichskanzler in das Kriegsernährungsamt berufen worden. Die christlich-nationale Arbeiterchaft begrüßt mit Vergnügen diese Berufung, die zugleich eine Anerkennung der Tätigkeit des Kollegen Stegerwald im öffentlichen und allgemeinen Interesse bedeutet. Wir wünschen ihm in seiner neuen Arbeit reichen Erfolg.

Konsumgenossenschaften und Arbeiter. Die „Deutsche Arbeit“ bringt im Aprilheft 1916 einen Artikel von Peter Schlaack über die Konsumgenossenschaften, worin die wirtschaftliche Bedeutung dieser Bewegung wirkungsvoll in den Vordergrund gestellt wird. Die Wertung der Konsumgenossenschaften dürfte nicht erfolgen vom Gesichtspunkte des augenblicklichen Vorteils, billiger Preise, hoher Rückvergütungen usw., sondern die Wertung müsse das Ziel der Bewegung ins Auge fassen, dessen Grundlage die Zusammenfassung der Kaufkraft im Konsumvereine bildet. „Auf dieser Grundlage entsteht der gewerkschaftliche Machtfaktor, der das private Kapital im Interesse seiner eigenen Existenz zwingt, alle Kräfte anzuspornen und sich mit dem denkbar kleinsten Gewinn zufrieden zu geben.“ Diese Konkurrenz gewährleistete eine

zösischer Flüsse“ dem Napoleonischen Kaiserstaate einverleibt. Die deutsche Erhebung gegen Napoleon pflanzte sich auch nach Holland fort. Die französische Garnison wurde vertrieben, und es bildete sich eine provisorische Regierung, die im November 1813 Wilhelm, einen Nachkommen Wilhelms III., unter dem Titel eines „Generalgouverneurs der belgischen und holländischen Niederlande“ zur Regierung berief. Der Wiener Kongreß (1815) erhob diese beiden Länder zum „Vereinigten Königreiche der Niederlande“ unter der Herrschaft Wilhelms I., der zugleich zum Großherzog von Luxemburg ernannt wurde. Da jedoch die Belgier ein selbständiges Staatswesen wünschten, kam es nach verschiedenen belgischen Aufständen gegen Holland zur Trennung, und Belgien erklärte im Jahre 1830 seine staatliche Unabhängigkeit. Seitdem bilden Holland und Belgien zwei getrennte Königreiche. Während Belgien in den großen Weltkrieg hineingezogen wurde, hat Holland bisher seine neutrale und friedfertige Politik bewahrt, deren Innehaltung jedoch durch die letzten englisch-französischen Zumutungen eine starke Bedrohung erfahren hat.

Endlich wurde auch Holland, wie alle anderen europäischen Staaten, in die Wirren der französischen Revolution und in die Kriege Napoleons verwickelt. Im Jahre 1795 wurde es zur „Katholischen Republik“ erklärt (die Republik der Holländer hieß die Bataver) und mußte eine schwere Kriegsteuer an Frankreich bezahlen. Durch seine von Napoleon angeordnete Teilnahme im Kampf gegen England verlor Holland einige seiner wichtigsten Kolonien (Ceylon, Kapland, Surinam) an England. Im Jahre 1806 wurde Holland dem Kaiser Napoleon, Kaiser von Frankreich, als König anvertraut und wurde 1810 als ein selbständiges Reich fran-

wohlfeile Versorgung der Bevölkerung, verhindere die Kartellierung und Monopolisierung im einseitigen Kapitalinteresse. Durch diese Fernwirkungen muß die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht nur den Mitgliedern, sondern allen Verbraucherschichten, die daher das größte Interesse daran haben, daß durch die weitere Erstarkung der Genossenschaften ein wirtschaftlicher Machtfaktor geschaffen wird, der das Gewinnstreben des privaten Kapitals korrigieren und auf das erträgliche Maß herabdrücken kann.

Rechtsschutz am Reichsversicherungsamt. Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen unterhalten in Berlin ein Zentralrechtsschutzbüro, dem die Vertretung der Mitglieder in Arbeiterversicherungsstreitigkeiten vor dem Reichsversicherungsamt obliegt. Nach einem Bericht im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften (Nr. 9, 1916) war die Tätigkeit des Büros infolge Einberufung des Sekretärs während der Kriegszeit mehrmals unterbrochen, ist nunmehr aber durch Besetzung mit einem Stellvertreter wieder im normalen Gange. In den beiden Kriegsjahren 1914 und 1915 wurden insgesamt 811 Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt wahrgenommen. Davon betrafen 66 Fälle Streitigkeiten aus der Kranken- und Invalidenversicherung, 13 Fälle Knappschaftsangelegenheiten und 762 Fälle Rekurse in Unfallversicherungssachen. Von Erfolg waren bei der ersten Art 13 Fälle, bei der zweiten 8 und bei der dritten 297 Fälle; zusammen 318 Erfolge. 68 Streitigkeiten konnten wegen gänzlicher Ausichtslosigkeit gar nicht durchgeführt werden. Durch die Tätigkeit des Büros sind vielen Versicherten ihre Rechte und namhafte Summen ersittelt worden.

Wieviel Eier werden nach Deutschland eingeführt? Nach der Viehzählung vom 2. Dezember 1912 gab es damals in Deutschland 73,4 Millionen Hühner. Nimmt man an, daß ein Huhn durchschnittlich 75 Eier im Jahre legt, so gelangt man zu einer Gesamtproduktion von 5,5 Milliarden Eiern. Aus der Statistik des auswärtigen Handels ergibt sich nun, daß wir im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 165 752 Tonnen Eier eingeführt haben. Nimmt man an, daß ein Ei durchschnittlich 50 Gramm wiegt, so hätten wir 3,3 Milliarden Eier vom Ausland bezogen. Von unserem Gesamtverbrauch von 8,8 Milliarden Eiern hätten wir also fünf Achtel im Inland gewonnen und drei Achtel eingeführt.

Verurteilung eines Mietsteigerers. Der Gouverneur des Reichskriegesamts Kiel hat bekanntlich die Mietsteigerung bis zum Herbst verboten. Der Zahntechniker A. in Kiel hatte trotzdem seinen Mietern, wie wir der National-Zeitung entnehmen, am 31. März angekündigt, daß sie vom 1. Juli ab monatlich 5 Mark Miete mehr zu zahlen hätten. Dabei lag er seinen Mietern vor, der Gouverneur habe ihm mit Rücksicht auf die Verluste, die er im verfloßenen Jahre an dem Hause erlitten habe, die Erlaubnis zur Mietsteigerung erteilt. A. stand nun wegen Uebertretung der Anordnung des Gouverneurs vor Gericht. Als drei Monate Gefängnis gegen ihn beantragt wurden, sank er weinend und jammernd zusammen. Das Gericht sprach ihn schuldig, sah jedoch von einer Freiheitsstrafe ab und erkannte auf eine Geldstrafe von 800 Mark, was der Summe entspricht, die der Angeklagte sich durch die Mietsteigerung jährlich hatte verschaffen wollen. Die Buße mußte innerhalb 24 Stunden gezahlt werden. Beim Verlassen des Gerichtssaales fiel A. in Ohnmacht.

Eine Reichsstelle für Obst und Gemüse ist durch Beschluß des Bundesrates gegründet worden. Diefelbe hat die Aufgabe, die Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst zu fördern. Die an der Spitze stehende Verwaltungsabteilung ist eine Behörde, die Geschäftsstelle eine Gesellschaft m. B. H., die, ohne in den Gemüse- und Obsthandel unnötig einzugreifen, für die rechtzeitige Abnahme, Beschaffung, Unterbringung und Verwertung des angekauften Gemüses und Obstes zu sorgen hat. Sie hat Abnahmestellen einzurichten. Die Geschäftsleitung wird

Der Sämann

Siehe, voll Hoffnung vertraut du der Erde den goldenen Samen und erwartest im Lenz fröhlich die keimende Saat. Nur in die Furche der Zeit bedenkt du dich Eaten zu streuen, Die, von der Reifeit gesät, fill für die Ewigkeit blühen?

bekanntmachen, welche Sorten Gemüse und Obst sie erwerben will, unter welchen Bedingungen und bei welchen Abnahmestellen. Der Gemüse und Obst zu den bekanntgemachten Bedingungen abgeben will, kann es bei der Geschäftsstelle anmelden, die es durch ihre Abnahmestellen abzunehmen hat. Hat die Beschäftigungsabteilung sich bereit erklärt, Gemüse und Obst auch ohne vorherige Anmeldung abzunehmen, so kann es den bekanntgegebenen Abnahmestellen zur Abnahme ohne weiteres zugesandt werden. Bestände, die sich mit der Haltbarmachung von Gemüse und Obst beschäftigen, haben Mengen, die ihnen von der Reichsstelle zugewiesen werden, nach deren Anweisung zu bearbeiten.

**Krupp in München.** Die bekannte Weltfirma Krupp in Essen hat in der Stadt München umfangreiche Gelände zur Errichtung einer Geschloßfabrik angekauft. Die Verhandlungen mit der bayerischen Regierung und der Stadt München über die Neugründung haben über ein Jahr gedauert. Die Fabrik wird gleich in großem Umfang eingeleitet. Das erworbene Gelände umfaßt 1100 Tagwerk (ein Tagwerk: 40000 Quadratfuß). Die Gründung ist für die industrielle Entwicklung Münchens von großer Bedeutung.

**Erwerb kleiner Rentenstellen.** Wie der „Vergnügungsbote“ bekannt gibt, erhebt der Zahlstellenvorstand des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter S. Nowallik, Jandw. (W.-S.), Schulstr. 28, München über die Siedlungspläne der Schlesischen Landgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die infolge von Kriegsverletzungen ihrem früheren Beruf nicht mehr nachgehen können und eine kleine Rentenstelle (Rundbesitzer) unter günstigen Bedingungen erwerben wollen, erhalten dort unentgeltlich Auskunft. — Da sich auch in anderen Provinzen und Bundesstaaten solche Siedlungsgesellschaften gebildet haben, wäre es zweckdienlich, wenn überall eine Verbindung zwischen Arbeiterverbänden und diesen Siedlungsgesellschaften gesucht und Beratungsstellen für die Arbeiter eingerichtet würden.

**Die Frauenarbeit in der Landwirtschaft.** Die Landwirtschaft scheint in steigendem Maße ein Frauenberuf zu werden. Die Berufszählung von 1907 weist gegenüber der von 1895 eine Zunahme der landwirtschaftlich tätigen weiblichen Bevölkerung von 67 Prozent nach, während der Anteil der männlichen Bevölkerung um fast 6 Prozent zurückging. Allerdings handelt es sich dabei in erster Linie um Familienangehörige, denn diese besitzerten sich auf 5781135 gegenüber 2131919 fremden Arbeitskräften. Mütterlich Familienangehörige wurden knapp 2 Millionen gezählt. Von den gesamten in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräften (15 169 510) gehörten 65 Prozent dem weiblichen Geschlechte an. Dieses stellte auch 403 100 selbständige Betriebsleiterinnen. Diese Zahl wird der Krieg voraussichtlich weiter erhöhen. Für die Notwendigkeit einer entsprechenden Ausbildung der Landfrau ergeben sich damit neue Gesichtspunkte.

**Zu den von Inhabern 1. Hypotheken betriebenen Zwangsversteigerungen** hat der Vorstand des Deutschen Städtetages auf Grund einer Beschlussfassung in seinem Realcreditausschuß in einer Eingabe an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß das Recht der ersten Hypothekare, die Zwangsversteigerung von Grundstücken zu betreiben und die dadurch einretende Fälligkeit der 1. Hypothek (Aufnahme ins geringste Gebot) unter den Verhältnissen der Kriegszeit die Nachhypothekare in die tatsächliche Unmöglichkeit versetzen kann, das Grundstück zu erwerben. Die Folge davon ist eine völlig ungerechtfertigte Vereinerung des ersten Hypothekars, der für den Betrag seiner Hypothek das Grundstück erwirbt. Der Deutsche Städtetag bittet im Anschluß an die Beschlussfassung im Wohnungsausschuß des Reichstages und an sonstige Erörterungen der Frage, durch eine gesetzliche Maßregel Abhilfe zu schaffen. Dabei weist er darauf hin, daß den von den Städten eingerichteten Hypothekeneinigungsämtern eine möglichst maßgebende Beteiligung bei der Entscheidung der Einzelfälle beigelegt werden muß, da diese Hypothekeneinigungsämter nach ihrer Zusammenlegung am ehesten imstande sind, den Besonderheiten jedes Einzelfalles gerecht zu werden.

## Wirtschaftliche Bewegung

### Bezirk Frankfurt a. M.

Nach Beendigung der zentralen Verhandlungen fanden im hiesigen Bezirk eine Anzahl, zum Teil gut besuchte Versammlungen statt, in denen sich unsere Mitglieder mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigten. In einigen Versammlungen machte sich eine Enttäuschung bei einem Teil unserer Kollegen bemerkbar, denn dieselben hatten in Anbetracht der gewaltigen Teuerung auf mehr gehofft. Nach lebhaften Auseinandersetzungen erkannten sie aber dennoch an, daß Zentralvorstand und Verhandlungskommission ihre Schuldigkeit getan haben, und stimmten dem Angebot des Arbeitgeberverbandes zu.

Dagegen wurde an den jetzigen Zuständen besonders in Kassel und Frankfurt scharfe Kritik geübt. Die Mitglieder in diesen Orten betrachten es als eine Ironie, daß ein Vertrag verlängert werden soll, der bei uns eigentlich gar nicht bestanden hat. Durch den Haupttarif seien ihnen wohl die Löhne gesichert worden, dagegen waren sie durch das Fehlen des Bezirksvertrages in manchen anderen Positionen, besonders bei auswärtigen Arbeiten, geschädigt.

Als ein weiterer Mangel wird die Entlohnung an Samstagen empfunden. Den auf dem Lande wohnenden und in der Stadt beschäftigten Bauarbeitern bleibt in den meisten Fällen ohne Lohnverlust gar keine Zeit, ihre Entlöhne zu machen. Die Familien der in den Städten wohnenden Mitglieder sind zurzeit noch über daran, weil diese infolge der Lebensmittelnähe wohl an Samstagen ihr Geld, aber wegen der geringen Zeit und Kaufgelegenheit noch lange keine Lebensmittel haben.

Die Zahl der Fälle, in denen sich die Betroffenen auch noch Sonntags mit dem Allernötigsten begnügen mußten, ist nicht gering. Unsere Mitglieder verlangen daher, daß bei der nächsten Vertragsrenewierung die Beseitigung dieser Mängel, die den Arbeitgebern keine großen Opfer auferlegt, vorgenommen wird. Außerdem erklären sie sich bereit, für die Stärkung ihrer Organisation, welcher sie vieles verdanken, mit allem Nachdruck einzutreten.

### Bezirk Paderborn.

Am 21. Mai trat in Paderborn eine außerordentliche Bezirkskonferenz zusammen, um zu der Vereinbarung Stellung zu nehmen, welche im Reichsamt des Innern in bezug auf die Tarifrenewierung getroffen wurde. Vertreten waren 18 Zahlstellen, es fehlten fünf Zahlstellen. Der Bezirksleiter Werner hielt die Delegierten willkommen und lenkte die Aufmerksamkeit, welche die Konferenz zu erledigen habe, welches gerade in dieser Kriegszeit von größter Bedeutung sei. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der zum Kriegsdienst einberufenen Kollegen, insbesondere der Gefallenen gedacht. Kollege Werner gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen vom 3. und 4. Mai. (Eine Wiederholung erübrigt sich, weil sie den Kollegen durch die „Baugewerkschaft“ größtenteils bekannt ist.) Er hob insbesondere die Schwierigkeiten hervor, welche zu überwinden gewesen seien. Wenn auch nicht die Wünsche der Kollegen in volstem Umfang erfüllt seien, so bitte er doch die Konferenz, den Abmachungen zuzustimmen. In der Aussprache kam recht deutlich zum Ausdruck, daß die Lohnzulage der Unternehmer keineswegs der großen Teuerung Rechnung trägt. Zudem aber das Tarifverhältnis wieder hergestellt sei, und somit der deutschen Bauarbeiterschaft der Vorteil insgesamt zugute kommt, stimmt die Konferenz den Abmachungen zu und spricht dem Zentralvorstand und der Verhandlungskommission den Dank aus für die schweren Arbeiten betreffs der Tarifrenewierung. Hierauf erfolgte ein kurzer Bericht über die Lage im Bezirk. Weiter wurde beraten über die Geschäftsführung, Beitragsleistung und Agitation. Die Beschlüsse der Konferenz sind den Vorständen übermittelt worden. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung dankt der Kollege Werner den Delegierten für die treue Mitarbeit, insbesondere für die einstimmige Annahme der Beschlüsse. Anschließend an die Konferenz fand eine Versammlung der Verwaltungsstelle Paderborn statt, welche ziemlich gut besucht war. Kollege Werner gab hier ebenfalls Bericht über die Verhandlungen. Nach reichlicher Aussprache stimmt die Versammlung der Tarifrenewierung zu und spricht der Verhandlungskommission den Dank für die Mühe aus, welche zum Schluss doch von Erfolg gewesen ist. Die Versammlung beschloß einstimmig alle Pflichten zu erfüllen, welche zur Stärkung des Verbandes notwendig sind. Auf den Arbeitsplätzen muß nunmehr für die Durchführung des Vertrages eingetreten werden. Wo Schwierigkeiten gemacht werden, ist dieses sofort an das Sekretariat Paderborn, Imabstraße 20, zu melden.

### Bezirk Köln.

**Neuwied.** Unsere Verwaltungsstelle nahm jüngst in zwei Versammlungen Stellung zu dem Resultat der zentralen Tarif-Verhandlungen. Die eine Versammlung fand mittags in Leutersdorf, die zweite nachmittags in Gladbach statt. In beiden Versammlungen erstattete Bezirksleiter Kollege Lange den Bericht. In der Aussprache herrschte allgemein die Ansicht vor, daß zwar entsprechend der gewaltigen Teuerung die Lohnverhöhung eine größere hätte sein müssen, jedoch verkenne man die Schwierigkeiten, in der sich das Baugewerbe befindet, nicht. Den zentralen Verhandlungen wurde in beiden Versammlungen einstimmig zugestimmt. Ebenso einmütig fanden es die Kollegen als selbstverständlich, daß der Beitrag infolge der Lohnverhöhung sich dem Statut anzupassen habe und um 10 Pfg. erhöht werde. Das könne man so lieber gezahlt werden, weil dadurch die Unterstützungskassen in allen Unterstützungsfällen um zwei Stufen gesteigert würden. Da einige Unternehmer statt der vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossenen 5 Pfg. Zulage nur 4 Pfg. zahlen, wurde der Bezirksleiter beauftragt, an diese Firmen ein entsprechendes Schreiben zu senden.

### Bezirk Nürnberg.

**Nürnberg.** Am Mittwoch, den 24. Mai, fand in der Bäckerherberge eine mittelmäßig besuchte Mitglieder-versammlung statt. Kollege Behringer erstattete ausführlichen Bericht über die Tarifverhandlungen zu Berlin. Er gab der Meinung Ausdruck, wenn auch die Zulage nicht ganz befriedigend, so müsse man ihr im Interesse der Allgemeinheit doch zustimmen. Die Mitglieder übten teilweise Kritik am Ergebnis der Verhandlungen, teilweise stimmten sie zu. Die Abstimmung ergab die Annahme. Unter Geschäftlichem wurde auf die durch die Lohnverhöhung notwendige Beitragserhöhung von 10 Pfg. ab 1. Juli hingewiesen.

**Amberg.** Zu einer gut besuchten Mitgliederversammlung war unser ehemaliger Bezirksleiter, Kollege Rick Sommer aus Nürnberg, erschienen, um Bericht über das Ergebnis der stattgefundenen Tarifverhandlungen zu erstatten. Er entledigte sich seiner Aufgabe in klaren Worten und sachkundiger Weise. Er gab bekannt, daß eine stufenweise Teuerungszulage von 5, 3 und 2 Pfg. bis 1. September h. J. vereinbart wurde. Es wurde zwar mehr erwartet, jedoch nicht mehr erreicht. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen lebhaft. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 14. Mai im Verhandlungslokale zu Amberg stattgehabte, gutbesuchte Mitglieder-versammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Amberg, hat mit Interesse die Berichterstattung des Kollegen Sommer aus Nürnberg über das Ergebnis der Tarifverhandlungen in Berlin zur Kenntnis genommen. Die Versammlung erkennt an, daß die Unternehmer des Baugewerbes der allgemeinen Teuerung einigermaßen Rechnung getragen haben, wenn-

gleich konstatiert werden muß, daß die gewährte Teuerungszulage in keinem Verhältnis mit der Preissteigerung steht. Die Versammelten hätten sicher ein größeres Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer erwartet. Mit Rücksicht auf die Kriegslage und den damit nötigen Burgfrieden nimmt die Versammlung die getroffenen Vereinbarungen an, mit der festen Überzeugung, daß bei einer weiteren Preissteigerung die Arbeitgeber des Baugewerbes ein weiteres Entgegenkommen zeigen werden.“ In seinem Schlußworte wies Kollege Sommer auf die durch die Lohnverhöhung nötig werdende statutarische Beitragserhöhung hin.

## Jahresberichte der Bezirke

**Bezirk Paderborn-Münster.** Das Jahr 1915 hat die ganze Schwere des Krieges auf das Wirtschaftsleben übertragen. Recht drastisch kommt dieses besonders im Organisationsleben zum Ausdruck. Der Unterzeichnete wurde beauftragt, ab 1. Mai 1915 den Bezirk Münster mitzuverwalten, weil der Bezirksleiter, Kollege Müller, zum Heeresdienst einberufen wurde. Es soll daher eine kurze Uebersicht gegeben werden über die Lage der Bezirke Paderborn und Münster. Skizze am Schlusse 1914 festgestellt werden, daß ein Drittel der Mitglieder im Bezirk Paderborn einberufen war, so muß am Schlusse 1915 erklärt werden, daß insgesamt drei Viertel der Mitglieder einberufen sind. Bei Ausbruch des Krieges waren 1700 Mitglieder vorhanden, Ende 1915 waren es nur noch 440. In derselben Weise hat sich die Einberufung im Bezirk Münster gestaltet. Bei Ausbruch des Krieges waren vorhanden 2861 Mitglieder, Ende 1915 730. Die Arbeitsgelegenheit war nicht gut, insbesondere in den rein ländlichen Gebieten ruhte die Bautätigkeit vollständig. Durch die fortwährenden Einberufungen waren aber keine überflüssigen Arbeitskräfte vorhanden, auch andererseits ist zu beachten, daß bei Ausbruch des Krieges eine Anzahl Kollegen in andere Berufe übergetreten sind und auch wohl während des Krieges darin verblieben. Infolge der ständigen Einberufungen wurden insbesondere viele Vertrauensmänner aus entzogen und die Agitation konnte nicht erfolgreich betrieben werden, es hat großer Mühe bedurft, um die bestehenden Zahlstellen hochzuhalten. Wenn in allen Orten das notwendige Verständnis vorhanden wäre, dann beständen wohl einige Zahlstellen mehr, die so leider durch den Krieg hinweggerafft wurden. Das Sekretariat Herford blieb infolge der Einberufung des Lokalbeamten unbesetzt. In Münster hat sich die Mitgliederzahl so verringert, daß der Lokalbeamte nur zu festgesetzten Stunden den Bureaudienst verrichtet. Auch darf nicht verschwiegen werden, daß in der Kriegszeit sich unläuterer Elemente bemerkbar machten, denen die Arbeiterlojalität ein leerer Begriff ist. Besonders betrüblich ist dies, wenn solche Leute schon einmal dem Verbande angehört haben. Mit diesen muß einmal Braktur geredet werden, denn diese Schädlinge denken nur an sich und lassen andere die Opfer bringen. — Die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe ist 1915 nicht in Aktion getreten, außer einigen wenigen Ausnahmen. Es war im Industriegebiet Arbeit vorhanden, und die arbeitslosen Bauarbeiter konnten dort unterkommen. Die Tarife wurden so ziemlich eingehalten, bis auf Delbe und Haren a. d. Ems. Nachträglich bequamen sich aber diese Herren zur Zahlung des Tariflohnes, nachdem seitens der Bezirksleitung eingewirkt wurde. — Teuerungszulagen wurden in den beiden Bezirken nicht gezahlt. Sämtliche Schreiben der Unternehmer lauteten ablehnend; aber als Kulturdokument muß die Antwort der Unternehmer von Danabrad gelten. Es ist seinerzeit in der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben, es erübrigt sich daher, nochmals darauf einzugehen. Dagegen boten die Unternehmer überall eine Verlängerung der Arbeitszeit an, führten sie auch hier und da ein, so daß erst das Einigungsamt Essen am 27. September eingreifen mußte. Das Verhalten der Unternehmer zeigte kein soziales Empfinden für die Noth der Bauarbeiter, was wohl sobald nicht wieder vergessen werden wird. Die Unorganisierten haben die Unternehmer in dieser Handlungsweise bestärkt, zum eigenen Schaden und zum Schaden der gesamten Bauarbeiterschaft. Auch hier muß Aufklärung einsetzen, und zwar recht kräftig. — Der Zusammenhang mit den einberufenen Kollegen wird gewahrt, so gut es geht. Die „Baugewerkschaft“ ist das Bindeglied und wird den Kollegen zugestellt, so weit sie sich melden. Aus den Briefen und Karten geht so recht hervor, daß selbst in den größten Kämpfen immer nur ein Gedanke an die Organisation zum Ausdruck kommt. Immer heißt es, haltet fest an der Organisation, damit unser mühsam aufgebautes Werk nicht durch den Krieg zugrunde geht. Besonderen Dank wird dem Verbande ausgesprochen über die Kriegsunterstützung. In dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die Zufindung der „Baugewerkschaft“ sehr schwierig ist, weil die Adressen oft wechseln und die neuen nicht bekannt sind, also ichseunige Angabe der genauen Adressen. — Auf einen Mangel sei besonders aufmerksam gemacht in der Geschäftsführung. Jetzt drängen sich oft Elemente zu den Kassengeschäften, welche glauben, daß es nicht so genau darauf ankomme, und oft den Unterschied zwischen mehr und dem vergessen. Hier muß besonders aufgepaßt werden, damit die Organisation vor Schaden bewahrt wird. Ebenso haben Mängel auf den Seiten sich mehr bemerkbar gemacht, indem der Bauarbeiterschutz sehr vernachlässigt wird. Hier muß seitens der Kollegen selbst Abhilfe geschaffen werden. — Die Rechtschuttsangelegenheiten haben sich sehr angehäuft infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage. In bedauernd ist aber, wenn sich die Mitglieder oder die Frauen derselben nicht rechtzeitig melden und mancher Anspruch verloren geht. Durch die Mitwirkung in der Kriegsverletztenfürsorge kann mancher Not gesteuert werden oder dieselbe wird verringert. Eine reichhaltige und vielseitige Arbeit mußte die Bezirksleitung vollbringen. Außer den allgemeinen

Verbandsarbeiten und Rechtschutz mußte der Bezirksleiter die Geschäfte des Kartells in Paderborn führen und auch überall in den neugeschaffenen Konsumenten-Organisationen und auch in der Feuerungskommission der Stadt Paderborn mitwirken. Der Bezirksleiter nahm teil an 30 Mitgliederberatern, 132 Sitzungen und Besprechungen, zwei Vertrauensmänneritzungen, 35 Kassenkontrollen und Abrechnungen, sieben Kartellsitzungen, neun Sitzungen mit anderen Berufen, sechs Sitzungen mit Arbeitgebern, drei Sitzungen im Tarifamt, fünf Baubesprechungen und Kontrollen, zwei Untersuchungen in der Lohnfrage, 17 Sitzungen mit Behörden, 32 Sitzungen in der Konsumenten-Vereinigung, zwei Sitzungen der Krankenkasse, eine Sitzung am Versicherungsamt, eine Sitzung am Gewerbeamt und zwei Konferenzen mit dem Hauptvorstand. — Aus Vorstehendem kann ein kurzer Rückblick auf das Kriegsjahr 1916 genommen werden. Wenn auch vieles zerstückt ist am Baume der Organisation, so kann man aber doch sagen, daß wir den Verlust überwinden, denn es bleibt doch ein guter Kern bestehen. Darum mit Zuversicht und Tatkraft durchhalten! Es muß alles darangesetzt werden, um der Kollegen, welche im Heeresdienste stehen, bei ihrer Mittelehre eine geordnete Vertretung ihrer Interessen bieten zu können. Wenn schon die Schwierigkeiten in der Geschäftsführung immer schwerer werden, so darf uns dieses nicht abhalten, sondern es muß der Gedanke maßgebend sein, daß auch die daheimgebliebenen Kollegen Opfer bringen müssen für die allgemeinen Interessen der Bauarbeiterschaft. Die Organisation ist der einzige Schutzort, und gerade in der Kriegszeit hat sich dieselbe glänzend bewährt; aber auch nach dem Kriege erwarten uns große, neue Aufgaben; diese zu erfüllen, bedarf es aber einer guten, schlagfertigen Organisation. Tue also ein jeder Kollege hier seine Pflicht und Schuldigkeit, damit die Folgen des langen Krieges wieder ausgeglichen werden können. In dieser Stelle sage ich zum Schluß allen Kollegen Dank, welche sich bemüht haben, die Verbandsgeschäfte durchzuführen, insbesondere den Kollegen vom Vorstande in den einzelnen Orten, ebenso den Vertrauensmännern und Baulegeierten. Mögen sie auch ferner in treuer Hingabe an unsere Sache weiter wirken. In der selbstlosen Aufopferung liegt aber auch der Beweis der Kraft, welche uns Ausdauer in dieser schweren Zeit verleiht. Auch werden unsere Kollegen hoffentlich bald als Sieger nach Hause kommen, und auch diese werden dieses treue Durchhalten anerkennen. Darum treten wir mit neuer Kraft an unsere Arbeit, und der Erfolg wird das Werk krönen. Nur Ausdauer führt zum Ziel.

Paderborn, Imbst. 20.  
Friedrich Werner, Bezirksleiter.

### Verbandsnachrichten

**Königsberg i. Pr.** Auf unserer Generalversammlung stand als Tagesordnung: Vorstandswahl und Jahresbericht, Ergebnis der Tarifverhandlungen. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vorstandswahl, wurde glatt erledigt. Der Jahresbericht ergab folgendes: Die Gesamteinnahme betrug 9632,90 M., die Ausgabe 9201,09 M. Diese verteilt sich wie folgt: 8 M. für Rechtschutz, 464,70 M. für Krankenunterstützung, 72 M. für Sierbeurteilung, an die Zentrale gesandt 2410,73 M., für Kriegerfamilienunterstützung 3067,40 M., die lokalen Ausgaben betragen 1178,26 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 481,81 M. Kollege Reichelt referierte alsdann über das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Daran schloß sich eine rege Diskussion, die mit der Annahme der Vereinbarung schloß. Mit der Aufforderung zu einer regen Agitation fand die Versammlung ihr Ende.

**Verwaltungsstelle Danzig.** In der letzten Woche fanden in Danzig, Oliva und Joppot Mitgliederversammlungen statt, welche sich mit den Tarifverhandlungen beschäftigten. In den einzelnen Versammlungen wurde das Resultat von einzelnen Rednern als zu schlecht für die Arbeitnehmer bezeichnet. Ganz besonders auch deshalb, weil die weiteren 5 Pfg. Zulage nicht sofort, sondern in zwei Terminen gezahlt würden. Gegen einige Stimmen wurde jedoch dem Abkommen zugestimmt. Auch die Beitragsfrage, wie sie nach dem 1. Juli, wenn weitere 3 Pfg. Lohnerhöhung eintreten, sich gestalten soll, wurde von Kollege Schönefeld besprochen. Ab 1. Juli werden an Beiträgen erhoben: In Danzig und Oliva für Maurer 90 Pfg., Zimmerer 95 Pfg., Arbeiter 75 Pfg. In Joppot für Maurer und Zimmerer 90 Pfg., für Arbeiter 75 Pfg. Es wird erwartet, daß die Kollegen diese kleine Beitragserhöhung überall kritiklos zur Durchführung bringen.


### Soziale Rechtsprechung

**Delirium tremens als Unfallfolge und die Ersatzpflicht der Berufsgenossenschaft.** Urteil des Reichsversicherungsamts. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Am 9. November 1910 verunglückte der Arbeiter E. dadurch, daß ihm ein Kupferstift ins Auge slog und dieses am Star erkrankte. E. begab sich in die Klinik des Dr. E., der ihn operierte. Zwei Tage nach der Operation brach bei dem Patienten Delirium tremens aus. Während dieses Anfalls stürzte er sich aus einem Fenster der Klinik auf den Hof und zog sich tödliche Verletzungen zu. In der Verhandlung wurde die Berufsgenossenschaft verwandt, ihre Ersatzpflicht zu bejahen, da der Tod E.'s mit dem Unfallzusammenhang steht. Das Reichsversicherungsamt ist dem gegnerischen Standpunkt, indem

es davon ausging, daß es sich bei der fraglichen Operation am Wundstarr und nicht um Altersstar gehandelt habe, und daß der delirische Anfall Folge der in Hinblick auf die Operation gebotenen Alkoholentziehung gewesen sei. Das Reichsversicherungsamt erkannte die Entschädigungsverpflichtung der Berufsgenossenschaft mit etwa folgender Begründung an: Der erkrankende Senat hat kein Bedenken, dem von einer ersten Autorität auf dem Gebiete der Augenheilkunde erstatteten, in sich schlüssigen Gutachten zu folgen und anzunehmen, daß der bei dem verstorbenen E. operierte Star eine Unfallfolge gewesen ist. Weiter ist zu erwägen, daß nach dem Gutachten des Dr. E. die ärztliche Behandlung anlässlich der Starbildung insofern an dem Ausbruch des Delirium tremens und dadurch bei dem Tode mitgewirkt hat, als dem Verstorbenen mit dem Eintritt in die Klinik der Alkoholgenuß völlig entzogen und dadurch diese Entziehung in Verbindung vielleicht mit den Nachwirkungen der Operation der Ausbruch des Delirium tremens befördert, wenn nicht in dem Sinne allein verursacht worden ist, und daß der Verstorbene ohne die Alkoholentziehung und Operation trotz des Alkoholmißbrauchs dem Delirium tremens überhaupt nicht verfallen wäre. Diese Auffassung findet in vielfachen Erfahrungen über die Zusammenhänge und den Verlauf ähnlicher Fälle eine wesentliche Stütze, so daß sie an sich gerechtfertigt erscheint. Immerhin würde dieser die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung verpflichtende Zusammenhang dann nicht festgestellt werden können, wenn anzunehmen wäre, daß dauernder Alkoholmißbrauch in dem Körper des Verlesenen bereits derartige Veränderungen hervorgerufen hatte, daß auch ohne die Alkoholentziehung oder die Operation das Delirium tremens ungefähr zu derselben Zeit bei E. ausgebrochen wäre. Denn dann würden Alkoholentziehung und Operation in ihrer Bedeutung als mitwirkende Bedingungen bei dem Verlauf der Dinge gegenüber der vorherrschenden Bedeutung des Alkoholmißbrauchs soweit zurücktreten, daß sie nicht mehr als wesentlich mitwirkende Ursachen im Rechtssinn an-

der russischen Offensiv an der bessarabischen Front", „Der neue Feind Portugal“, „Zum Unterseebootskrieg“, „An Gorchakoffen“, „Erste Hilfe im Schützengraben“, „Unterhaltungsspiele im Felde“ u. a. m. Diese Aufzählung einiger Titel aus dem Werk „Der Krieg in Einzeldarstellungen“ wird jedermann überzeugen, daß hier Material zusammengetragen ist, das den Leser ermöglicht, sich eingehend über das Wesen des Weltkrieges zu unterrichten.

**Wilhelm Conrad Gomoll, Im Kampf gegen Rußland.** Leipzig, F. L. Brockhaus. 1916. 180 Seiten (in Form und Ausstattung der Soldatenausgaben von Hedins „Volk in Waffen“ und Wegeners „Wall von Eisen und Feuer“) mit 42 Bildern. 1.— M. Der Bewegungskrieg im Osten beherrscht dem Kriegsbild, als der Wilhelm Conrad Gomoll, der Berliner Dichter und Romanschriftsteller, seit Herbst 1914 im Osten weilt, ganz andere Erlebnisse als der starre Verteidigungskampf im Westen. Die von heute auf morgen unberechenbare Welt der Ereignisse wirft ihn hierhin und dorthin, überrascht ihn in den Schützengraben und Unterständen, wirbelt ihn mitten hinein in die gefährliche Brandung, wo das Knattern der Maschinengewehre und das Heulen und Krachen der Granaten fast die Bestimmung erfüllt, und setzt ihn wieder aus in die elenden Quartiere in einem vorstürmlichen, aber keineswegs paradiesischen Lande, das mit den Worten „russischer Winter“ und „russischer Dreck“ vollaus charakterisiert ist. Der Mann der Feder ist hier im wahren Sinne des Wortes „Im Kampf gegen Rußland“, er ist überall „mit dabei“. Er liegt mit den Soldaten in den schauerhaftesten Baracken, Ställen und Erdlöchern auf ein und derselben Streu, er ist mit ihnen Gast der Fehlbüchse, mit ihnen im Artilleriefeld und beim Sturmangriff; beim Schützengraben und bei der Kaffee-Parade leistet er ihnen Gesellschaft, Alarmsignal oder Telephon reißt ihn wie sie aus dem Schlaf. Der Zusammenhang mit der Truppe wird dadurch so eng wie denkbar, der erschütternde Ernst des Krieges wie sein Gegenbild, der unverwundliche Humor, der gerade an der Ostfront groteske Blüten treibt, stehen ihm unmittelbar vor Augen, und, selbst ein Kind des Volkes, steht der „Herr Kriegsberichterstatter“ mit dem Soldaten auf Du und Du, ohne dabei die enge Fühlung mit der obersten Heeresleitung zu verlieren. So leidet und frohlockt er mit unseren Feldgrauen, sieht er aus nächster Nähe ihre übermenschlichen Leistungen auf grundlosen Marschwegen, in Frost und Schnee, Morast und Regen, ihr zähes, unbiegsames Durchhalten, ihre vorbildliche Manneszucht und ihr siegesgewisses Draufgehen. So erlebt er mit ihnen die stolzen Tage von Lodz und Lowitz, an der Rawka und Bzura, von Gorlice-Tarnow und Jaroslau, von Przemyel und Lemberg, und schließlich von Warschau und Nowo-Georgiewsk. Beim Seere Heidenburgs ist er in Polen, bei den Truppen Madensens in Galizien und bei der Heeresgruppe des Prinzen Leopold von Bayern von Warschau. Deutsche, Oesterreicher und Ungarn sind seine täglichen und nächtlichen Feldkumpane, und die deutsch-österreichisch-ungarische Waffenbrüderschaft ist ein leuchtendes Symbol seines Buches. Gomoll hat hier ein urdeutsches Soldatenbuch geschaffen, das nicht nur bei den deutschen Kriegern im Feld und ihren Angehörigen daheim, sondern ebenso auch in ganz Oesterreich-Ungarn mit heller Freude gelesen werden wird. Eine stattliche Reihe vom Verfasser aufgenommenener, abweichungsreicher und feinsinniger Abbildungen vermehrt den Wert des Buches.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

**Jos. Hütsch.** Zahlstelle Dortmund, Maurer.

**Paul Meyer,** Inhaber des Eisernen Kreuzes. Zahlstelle Erfordt.

**Nikolaus Weil** aus Wehrhelm i. L.

**Jacob Sattig** aus Dieburg i. H. Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

**Anton Konermann.** Zahlstelle Selgte.

**Franz Pawlowski.** Zahlstelle Joppot, Maurer.

**Joh. Fischer.** Zahlstelle Stahle.

**Emil Müller** aus Kleinfassen. Zahlstelle Lüttringhausen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

gesehen werden könnten. Für einen derartigen Grad des Alkoholmißbrauchs oder seiner Wirkungen im Körper des Verstorbenen fehlt es indessen an jedem sicheren Anhalt. Nach alledem war die beklagte Berufsgenossenschaft bei gegebenem Zusammenhang zwischen Tod und Unfall zur Zahlung der Hinterbliebenenrente zu verurteilen. (Altenzeichen Ia 7288/13.)

### Bücherschau

Die „Deutsche Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft, bringt in ihrem Juniheft folgende Abhandlungen: Deutschrift: Die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahr. Rosa Bremer: Hauswirtschaftliche Kriegserfahrungen. Paul Weich: Die Kriegsteuer. Georg Wieber: Rufer des Volkes. Die Rundschau enthält folgende Aufsätze: Franz Köhr: Rechtsweisen. Johann Giesberts: Arbeiterkath. Josef Peder: Arbeitgeberverbände. Dr. Käthe Gabel: Frauenfrage. Paul Behrendt: Bäudliches Sieblungsweisen. Dr. Albert Krüch: Leugnit.

Die Erklärung von Fort und Dorf Donauwert, eine der letzten Heldentaten unserer braven Feldgrauen, schildert in den lebhaftesten Farben ein Kämpfer in den letzten erschienenen Heften 75/77 von Dong's illustrierter Kriegsgeschichte „Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild“ (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin S. 57, wöchentlich ein Heft zum Preise von 30 Pf.) Wir erhalten hier einen ganz vorzüglichen Einblick in die blutigen Kämpfe um diesen außerordentlich stark besetzten Ortsteil des Verteidigungssystems von Serbien. Die das Wort, so geben auch die Bilder eine anschauliche Darstellung dieses heiligen Kampfes. Es können sich keine weiteren Worte finden, wie: „Der abgeblutete Soldat der Engländer bei Arras“, „Artilerie-Verbreitung im Stellungskampf“, „Das Erbschen

### Briefkasten

R., Altenessen. Die Mitteilung über den Unfall des Kollegen R. Müller ist bereits in Nummer 21 der „Daugeverfchaft“ vom 21. Mai erfolgt. Du hast dieses gewiß übersehen. Gruß.

### Bekanntmachungen

#### Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Es hat sich in letzter Zeit häufiger ergeben, daß vom Militär zurückgekehrte oder infolge Reklamation für eine bestimmte Zeit entlassene Mitglieder der Meinung waren, sie brauchten sich weder anzumelden bei ihrer zuständigen Zahlstelle, noch Beiträge zu entrichten. Diese Meinung ist eine durchaus irrige. Jedes vom Militär entlassene Mitglied, mag die Entlassung dauernd oder auch nur für eine bestimmte Zeit sein, ferner jedes zur Arbeitsleistung reklamierte Mitglied hat sich sofort wieder anzumelden und die statistischen Beiträge zu leisten, da sonst der Verlust der bisher erworbenen Rechte droht. Wir erlauben hiervon Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu handeln, damit unnötige Erschwerung der Verbandstätigkeit vermieden wird.

Der Zentralvorstand,  
F. A.: Jos. Wieberg.

#### Achtung, Zahlstelle Göttingen!

Sämtliche in Göttingen arbeitende Mitglieder sind verpflichtet, sich bei der Zahlstelle anzumelden. Der Kassierer Georg Lambrecht wohnt Liebrechtstraße 3.